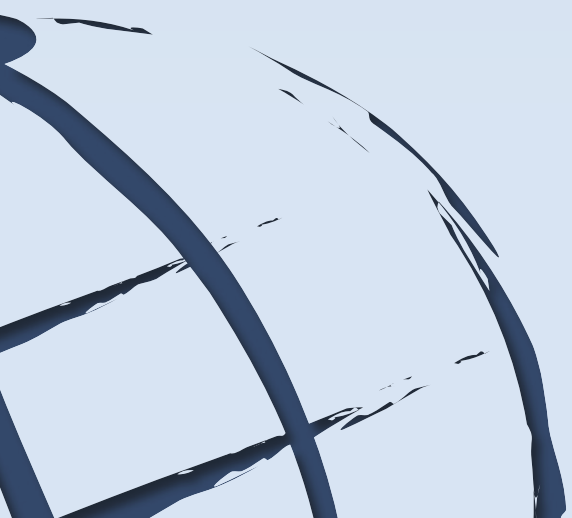


Welt Trends

Institut für Internationale Politik

SANDEEP BHARDWAJ

Ein «aggressives» Indien macht Südasien zu einem gefährlicheren Ort



Welt  Trends
Potsdamer Wissenschaftsverlag
verlag@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de

Ein «aggressives» Indien macht Südasien zu einem gefährlicheren Ort

Sandeep Bhardwaj

Südasien hat in den letzten fünf Jahren erheblich an regionaler Stabilität verloren. 2016 führte Indien eine größere Militäroperation gegen Pakistan durch, nachdem bei einem Terroranschlag im indischen Uri 23 Menschen gestorben waren. 2017 standen sich indische und chinesische Truppen monatelang am Dreiländereck von Indien, China und Bhutan gegenüber. 2019 lieferten sich die Luftstreitkräfte von Indien und Pakistan das erste Mal seit annähernd fünfzig Jahren einen Schlagabtausch. Im Mai 2020 kam es im Galwan-Tal erneut zu einer Konfrontation indischer und chinesischer Streitkräfte. Von den regelmäßig wiederkehrenden großen militärischen Krisen abgesehen, haben auch die Schusswechsel an der indisch-pakistanischen Grenze alarmierend zugenommen. Allein 2019 gab es laut indischer Regierung 3.168 solcher Zwischenfälle, im Vergleich zu 405 im Jahre 2015.¹ Nach wie vor ist jeder dieser Zwischenfälle, ob größerer Zusammenstoß oder kleineres Scharmützel, von der unausgesprochenen Drohung einer nuklearen Eskalation überschattet. Unausgesprochen jedenfalls bis zum April 2019, als der indische Premierminister Narendra Modi nach den gegenseitigen Luftschlägen auf einer Wahlkampfveranstaltung die atomare Option ganz offen zur Sprache brachte.²

Eine strategische Wende

Die jüngste Häufung von Krisen in Südasien ließe sich leicht als *business as usual* in einer Region abtun, die zu den geopolitischen Brennpunkten der Welt zählt. Doch vergleicht man den aktuellen Zeitraum mit dem vorangegangenen, dann werden erhebliche Unterschiede deutlich. Die Jahre zwischen 2002 und 2016 waren von einer bemerkenswerten Stabilität geprägt, die Zahl gewaltsamer Zusammenstöße zwischen Indien und Pakistan hatte einen historischen Tiefstand erreicht. Während dieser Phase bemühten sich beide Staaten immer wieder darum, einen Friedensprozess in Gang zu bringen, obwohl dieser stets durch den von Pakistan unterstützten Terrorismus in Indien gefährdet wurde. Die beiden Nachbarn willigten 2003 in einen Waffenstillstand ein, wodurch die Grenzverletzungen und gegenseitigen militärischen Angriffe fast gänzlich zum Erliegen kamen. Zwischen 2005 und 2013 unterzeichneten auch Indien und China eine Reihe von Verträgen, die auf eine friedlichere Handhabung ihrer Grenzangelegenheiten abzielten. Besonders bemerkenswert ist, dass nach dem spektakulären Terroranschlag von 2008 in Mumbai die von vielen erwartete große militärische Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan ausblieb. Die seltenen Krisen dieses Zeitraums wurden in der Regel nicht in die Öffentlichkeit getragen und schnell über diplomatische Kanäle gelöst.

Die Destabilisierung Südasiens geht zu einem Großteil darauf zurück, dass Indien in den vergangenen fünf Jahren seine Zurückhaltung in der Sicherheitspolitik aufgegeben und verhältnismäßig aggressiv

1 <https://www.satp.org/datasheet-terrorist-attack/india/India-CFA-2004-2020>.

2 <https://www.indiatoday.in/elections/lok-sabha-2019/story/our-nuclear-weapons-are-not-for-diwali-pm-modi-on-pak-nuclear-button-threat-1506893-2019-04-21>.

agiert hat. Am deutlichsten wird diese Verschiebung beim Umgang mit militärischen Krisen. So hat Indien mit der vorherigen Praxis gebrochen und öffentlich Strafmaßnahmen gegen Pakistan verhängt. Um eine höhere Risiko- und Eskalationsbereitschaft zu demonstrieren, hat die indische Armee ihre Befehlshaber an der pakistanischen Grenze mit größerer Handlungsautonomie und Zugang zu größerkalibrigen Waffen ausgestattet. Dagegen wirkte der Umgang mit China vergleichsweise umsichtig, doch auch hier zeigte sich Indien gewillt, aggressiver als in der Vergangenheit aufzutreten. So wurden den außenpolitischen Instrumenten neue Strafmaßnahmen wie Wirtschaftssanktionen hinzugefügt. Beispielsweise schränkte Indien im Mai 2020 nach dem Ausbruch des indisch-chinesischen Grenzkonflikts chinesische Investitionen im Land ein und sperrte dutzende Mobile Apps chinesischer Anbieter, darunter TikTok.³

Gewandelte Perzeption und veränderte Nuklearpolitik

Dieser Umschwung in der indischen Sicherheitspolitik wird auch in einer veränderten Haltung zu Atomwaffen deutlich. In den vergangenen Jahren hat die Regierung die Doktrin des Erstschlagsverzichts aufgeweicht. Mit dieser Doktrin hatte sich Indien verpflichtet, Atomwaffen ausschließlich in Reaktion auf einen Atomwaffenangriff einzusetzen. Sie wurde nach dem indischen Atomwaffentest von 1998 eingeführt und hat seither dem Land als Hauptargument in seinem Versuch gedient, sich als verantwortungsbewusste Atommacht zu präsentieren. Aber in letzten Jahren ließen wiederholte Äußerungen von Regierungsvertretern Zweifel am unveränderten Festhalten an der Doktrin aufkommen. So bemerkte 2019 der indische Verteidigungsminister Rajnath Singh, dass die Doktrin unter gewissen «Umständen» in Zukunft revidiert werden könnte.⁴ Studien sprachen auch davon, dass Indien immer unverhohlener mit Counterforce-Strategien zur Dezimierung der Kernwaffenkapazität eines Gegners mittels Atomschlag liebäugeln könnte, was der ohnehin schon instabilen Lage in der Region noch eine atomare Dimension hinzufügen würde.⁵ 2017 bestätigte dann der damalige Oberkommandierende der indischen Armee, General Bipin Rawat, die Existenz der sogenannten *Cold-Start-Strategie*, eines Operationsplans zur schnellen Mobilisierung der Armee für Luftangriffe auf Pakistan. In der Vergangenheit spielten indische Politiker die Bedeutung eines solchen Plans in der Öffentlichkeit herunter, um Pakistan keinen Anlass zur Entwicklung taktischer Atomwaffen zu geben. Im Jahre 2018 lief dann das erste ballistisch bestückte Atom-U-Boot Indiens, die *Arihant*, vom Stapel und vervollständigte damit die nukleare Trias des Landes aus land-, luft- und seegestützten Atomstreitkräften. Die Indienstellung der *Arihant* bedeutete auch, dass Indien über bereits bestückte Kernwaffen verfügte, was den bis dahin vierstufigen Prozess von der ersten Mobilisierung bis zur vollständigen Gefechtsbereitschaft der Atomstreitkräfte des Landes auf einen dreistufigen verkürzte. In der Summe haben diese Schritte Zweifel am traditionellen Bild Indiens als einer «zurückhaltenden Atommacht» aufkommen lassen.

3 <https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-india-investments-idUSKBN2200LQ>.

4 <https://www.thehindu.com/news/national/no-first-use-nuclear-policy-depends-on-circumstances-rajnath-singh/article29109149.ece>.

5 https://www.mitpressjournals.org/doi/pdf/10.1162/isec_a_00340.

Wie ist dieser Wandel der indischen Politik zu erklären? Unterstützer wie Kritiker dieser Politik rechnen ihn der Regierungspartei Bhartiya Janata (BJP) zu, die seit 2014 an der Macht ist. Tatsächlich hat die BJP unter Modis Führung versucht, sich mit einer Hardliner-Haltung in strategischen Fragen und einer «muskelstrotzenden» Militärpolitik als Partei der «nationalen Sicherheit» zu profilieren. Im Wahlprogramm von 2014 versprach die Partei eine «harte Hand» gegen den grenzüberschreitenden Terrorismus und eine «Revision» der Nukleardoktrin.⁶ Seit ihrer Wahl hat die Partei immer wieder ihre «starke» Militärpolitik hervorgehoben, um die Wählerschaft hinter sich zu versammeln. Beobachter der indischen Politik stimmen darin überein, dass Ultranationalismus und Hurratriotismus seit dem Amtsantritt Modis deutlich zugenommen haben, und das nicht nur bei den Staatsbediensteten, sondern im Land insgesamt.

Doch wenn wir den Wandel in der indischen Sicherheitspolitik allein der Wahl der BJP zuschreiben, versperren wir uns möglicherweise Einsichten in die tieferliegenden und längerfristigen Dynamiken der Region. In den letzten Jahren hat eine grundlegende Verschiebung im strategischen Denken Indiens, in seiner Innenpolitik und in den internationalen Verhältnissen stattgefunden, die eine aggressive Haltung Indiens einigermaßen unausweichlich und unumkehrbar gemacht hat.

Die Gründe für den Wandel in der indischen Politik reichen zurück bis zu den Erfahrungen Neu-Delhis nach den 1998 zeitgleich mit Pakistan durchgeführten Atombombentests. Der offenen Einführung von Atomwaffen in der Region folgten innerhalb von nur drei Jahren zwei schwere Krisen. 1999 kam es zu schweren Kampfhandlungen zwischen indischen und pakistanischen Streitkräften, nachdem pakistanische Truppen einige strategisch wichtige Gipfel im Norden des indischen Teils von Kaschmir besetzt hatten („Kargil-Konflikt“, auch als Vierter Indisch-Pakistanischer oder als Dritter Kaschmir-Krieg bezeichnet). 2001, nach einem fehlgeschlagenen Terrorangriff auf das indische Parlament, ließ die Regierung mobilmachen und drohte Pakistan mit einem Truppeneinmarsch. In beiden Krisen legte Indien ganz unterschiedliche Herangehensweise an den Tag. Während des Kargil-Konfliktes ging die Regierung äußerst zurückhaltend vor, lehnte die Durchführung von grenzüberschreitenden Militäroperationen ab, setzte die Luftstreitkräfte nur mit größter Vorsicht ein und versuchte, die Weltöffentlichkeit gegen Pakistan aufzubringen. Ganz im Gegensatz dazu vertrat Neu-Delhi während der Krise von 2001/2002 eine Position der Härte, drohte mit einer großangelegten Invasion und deutete sogar an, eine nukleare Eskalation des Konflikts in Erwägung zu ziehen. Beide Vorgehensweisen hatten nur teilweise Erfolg. Auch wenn es Indien während des Kargil-Konfliktes gelang, die pakistanischen Truppen von seinem Territorium wieder zu vertreiben, bekam Islamabad für sein Abenteuer keinerlei langfristige Folgen zu spüren, weder diplomatischer noch militärischer Art. Ähnlich verhielt es sich mit dem Konflikt von 2001/2002. Auch wenn sich Pakistan am Ende öffentlich dazu verpflichtete, alle Ausbildungslager terroristischer Gruppen auf seinem Staatsgebiet aufzulösen, kam es diesem Versprechen nie nach.

Aus diesen Erfahrungen wurden drei Hauptlehren gezogen, die Indien bis ungefähr 2016 einen grundsätzlich zurückhaltenden Kurs einschlagen ließen. Der ersten zufolge hatte die internationale Gemeinschaft unabhängig von den Entscheidungen indischer Politiker beide Staaten tendenziell gleich behandelt. «Sieht die Welt einen Streit zwischen zwei alten Rivalen», beschwerte sich einmal der frühere nationale Sicherheitsberater Indiens, Shivshankar Menon, «dann besteht die übliche Antwort darin, zum Frieden aufzurufen und im Namen von Fairness und Ausgewogenheit beiden

6 https://www.thehindu.com/multimedia/archive/01830/BJP_election_manif_1830927a.pdf.

Seiten je halb Schuld zu geben und halb Glauben zu schenken.»⁷ Entsprechend ist Indiens neuer Ansatz nach der Krise von 2001/2002 zu verstehen, sich den Augen der Weltöffentlichkeit als eine «verantwortungsbewusste Atommacht» zu präsentieren und Indien in der internationalen Wahrnehmung von Pakistan abzunabeln, indem es sich im Kontrast zu diesem als stabile und reife Regionalmacht darstellte.

Die nächste Lehre bestand in der Einsicht in die Notwendigkeit, den strategischen Werkzeugkasten über die rein militärischen Machtmittel hinaus um Maßnahmen wie diplomatische Einflussnahme, indirektes Wettrüsten (mit dem Ziel, Ressourcen des Gegners zu binden) und wirtschaftliche Druckmittel zu erweitern. In der Vergangenheit konnte sich Indien für eine glaubwürdige Abschreckung stets auf seinen bedeutenden militärischen Vorsprung vor Pakistan verlassen. Atomwaffen und staatlich unterstützter Terrorismus verkomplizierten jedoch die Situation. Die Konfrontation von 2001/2002 führte die Schwierigkeiten vor Augen, Pakistan noch mit Androhung eines Einmarschs unter Druck zu setzen. Gleichzeitig setzte sich in Neu-Delhi allmählich die Vorstellung durch, dass dem Terrorismus nicht mit den üblichen militärischen Mitteln allein beizukommen war. Damaliger Konsens in den strategischen Fachkreisen Neu-Delhis war, dass Spezialoperationen mit dem Ziel, die Ausbildungslager und die Infrastruktur der Terroristen in Pakistan zu zerstören, keine dauerhaften Resultate zeitigen würden. Entsprechend übte Indien während der 2000er Jahre zusätzlich mit weiteren Mitteln Druck auf Pakistan aus. Indem man in der Weltöffentlichkeit Stimmung gegen den Terrorismus machte, sollte Islamabad diplomatisch in die Enge getrieben werden. Das Land strengte auch ein Wettrüsten mit dem Nachbarn an, um ihn wirtschaftlich zu erschöpfen. Dazu stockte es seinen Verteidigungshaushalt auf das 7,8-fache des pakistanischen auf, im Vergleich zum 5,6-fachen im Jahr 1999. Es versuchte auch, die Aufmerksamkeit einiger internationaler Antiterrorinstrumente wie der Financial Action Task Force auf Pakistan zu lenken.

Drittens machte die von Krisen gezeichnete Periode von 1998 bis 2002 deutlich, welche wirtschaftlichen Folgen die regionale Instabilität für Neu-Delhi hat. Mehr als die direkten finanziellen Kosten des Konfliktes gefährdete die Instabilität den sich gerade abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung. Am deutlichsten machte das wohl der ökonomische Fallout der Atomtests von 1998. Internationale Sanktionen und die Streichung von Hilfsleistungen führten zu unmittelbaren Verlusten in Höhe von geschätzt 2,8 Milliarden US-Dollar.⁸ Ausländische Investitionen im Land fielen zwischen 1998 und 1999 um 55 Prozent.⁹ Der Index des indischen Aktienhandels brach um 27 Prozent ein.¹⁰ Gnädigerweise hoben die USA und andere westliche Staaten die Sanktionen schon nach wenigen Monaten wieder auf und verschafften der indischen Wirtschaft so den nötigen Spielraum, um sich zu erholen. Aber schon 2002 kam es zu ähnlichen Befürchtungen, als der Konflikt

7 <https://scroll.in/article/916259/insider-account-why-india-didnt-attack-pakistan-after-26-11>.

8 <https://www.jstor.org/stable/pdf/4406922.pdf?refreqid=excelsior%3A6f31251544d603e347e26bc271863e58>.

9 https://rbidocs.rbi.org.in/rdocs/AnnualReport/PDFs/9032020AR1998_99.PDF.

10 <https://www.nonproliferation.org/wp-content/uploads/npr/morrow64.pdf>.

zwischen Indien und Pakistan eskalierte. Westliche Staaten begannen, Reisewarnungen für Südasien auszugeben, und US-Präsident George W. Bush spielte sogar öffentlich mit dem Gedanken, alle amerikanischen Staatsbürger aus der Region evakuieren zu lassen. Diese Bemerkung löste in Neu-Delhi Sorgen um das indische Wirtschaftswachstum aus, die schließlich wohl zur Beendigung der Krise beitrugen.

Diese Sorge um die wirtschaftliche Dynamik Indiens war bezeichnend für die veränderte politische Situation im Land. Nach der Liberalisierung von 1991 waren ökonomische Hoffnungen im Land entfesselt worden und Wirtschaftsfragen wurden schnell zum bestimmenden Wahlkampffaktor, während andere Themen wie Nationalismus oder Korruption dahinter zurückfielen. In einer großangelegten Studie zum «Stimmungsbild der Nation» von 2003 gaben 76 Prozent der Befragten an, dass ihre Hauptsorge wirtschaftlichen Problemen wie Inflation oder Arbeitslosigkeit gelte, wohingegen nur 4 Prozent die nationale Sicherheit als dringendstes Problem ansahen.¹¹ Die Abwahl der nationalistischen BJP-Regierung bestätigte diesen Trend. Auch wenn die überwältigende Mehrheit der Wähler fand, dass sich unter dieser Regierung in nur drei Jahren die nationale Sicherheitslage und das weltweite Ansehen des Landes verbessert hatten, bewerteten sie ihre Wirtschaftspolitik als schwach.¹²

Die Kombination dieser drei Faktoren – die Sorge vor internationalem Druck, die Anerkennung der Grenzen konventioneller militärischer Lösungen und der Unwille, das Wirtschaftswachstum des Landes aufs Spiel zu setzen – mündete in Neu-Delhis Politik der selbstauferlegten Zurückhaltung. Auch wenn im Verhältnis zu Pakistan entwickelt, fand diese Politik später auch Eingang in den Umgang mit China. Eine Belastungsprobe erfuhr diese Politik durch den Terrorangriff 2008 in Mumbai, bei dem zehn Terroristen vier Tage lang an zwölf über die Stadt verteilten Orten mit Schusswaffen und Bomben 174 Menschen ermordeten. Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter verzichtete die indische Regierung jedoch darauf, militärische Strafmaßnahmen gegen Pakistan zu ergreifen, das als Drahtzieher hinter den Attacken vermutet wurde, sondern setzte auf eine diplomatische Lösung. In seinen Memoiren erinnert sich Shivshankar Menon, seinerzeit Staatssekretär im indischen Außenministerium, daran, dass bei den damaligen Beratungen der Regierung alle drei oben erwähnten Faktoren in die Entscheidung gegen ein militärisches Vorgehen einfließen.¹³

Unumkehrbarer Strategiewechsel

Mitte der 2010er Jahre hatten veränderte Umstände und neue Erwägungen der Regierenden die Relevanz dieser drei Faktoren so weit untergraben, dass Indien zur gegenwärtigen aggressiven Atom- und Sicherheitspolitik umschwenkte. Zunächst gelangte Neu-Delhi zu der Überzeugung, dass es sich in den späten 2000er und frühen 2010er Jahren erfolgreich von Pakistan abgenabelt hatte,

11 <https://www.indiatoday.in/magazine/india/mood-of-the-nation/story/20030210-mood-of-the-nation-poll-decisive-victory-for-bjp-led-alliance-in-event-of-a-snap-poll-793403-1999-11-30>.

12 https://www.lokniti.org/media/PDF-upload/1536129143_52791100_download_report.pdf.

13 <https://scroll.in/article/916259/insider-account-why-india-didnt-attack-pakistan-after-26-11>.

um in der internationalen Wahrnehmung nicht mehr unmittelbar mit dem anderen Land assoziiert zu werden. Die geopolitischen Veränderungen der späten 2010er Jahre boten Indien einen größeren Spielraum, um eine aggressive Außenpolitik zu verfolgen, ohne gleich internationale Ächtung zu riskieren. Das 2008 zwischen Indien und den USA geschlossene Atomabkommen brachte die Anerkennung des indischen Atomwaffenprogramms und eine andere juristische Einordnung als das pakistanische Programm. Der fortschreitende internationale Ansehensverlust Pakistans aufgrund seiner Unfähigkeit oder mangelnden Bereitschaft, die terroristischen Aktivitäten auf seinem Boden zu unterbinden, und wachsende Sorgen vor dem Aufstieg Chinas verschafften Indien einen größeren Handlungsspielraum. Die Verschlechterung der Beziehungen der USA zu Pakistan und China unter Trump hat diesen Prozess begünstigt. So hatte Neu-Delhi spätestens seit den späten 2010er Jahren nur noch mit verhaltener Kritik an seiner aggressiven Politik seitens der internationalen Gemeinschaft zu rechnen. Das wurde im indisch-pakistanischen Konflikt von 2019 deutlich, als Washington Indien seine Unterstützung zusagte und mit seiner langbewährten Politik brach, sich bei Krisen zwischen beiden Nachbarn neutral zu verhalten.

Gleichzeitig wuchs in Neu-Delhi die Unzufriedenheit darüber, mit nicht-militärischen Mitteln eine Änderung der strategischen Lage in der Region nicht herbeiführen zu können. Trotz gesteigerten internationalen Ansehens zeigte sich Indien außerstande, Pakistan durch diplomatischen Druck zu einer Verringerung seiner Terrorismusunterstützung zu bewegen. Auf der Liste der Länder mit den größten Militärausgaben rückte Indien zwischen 2003 und 2019 vom elften auf den dritten Platz vor, ohne dass sich an den Machtverhältnissen der Region sichtbar etwas veränderte. Tatsächlich hat sich aus der Sicht Neu-Delhis trotz seiner Atomwaffen, seines dramatisch angewachsenen Wehretats und seines zunehmenden diplomatischen Gewichts die Sicherheitslage in den letzten zwei Jahrzehnten und insbesondere in den letzten Jahren verschlechtert. Die Terrorismusgefahr besteht unvermindert fort, und der von Pakistan unterstützte Aufstand in Kaschmir hat sich intensiviert. Währenddessen hat sich das Unsicherheitsgefühl Indiens durch den Aufstieg Chinas noch verstärkt, insbesondere durch dessen wirtschaftliche Durchdringung der kleineren südasiatischen Staaten, die rasant ausgebaute militärische Infrastruktur in Tibet und das wachsende Leistungsvermögen der chinesischen Marine. In der öffentlichen Debatte über Sicherheitsfragen in Indien setzten sich daher von den frühen 2010er Jahren an zunehmend die Falken durch. Die nationale Frustration wurde von Beobachtern bereits lange vor Modis Wahl zum Ministerpräsidenten bemerkt. In einer 2012 erschienenen Auswertung des Terrorangriffs von Mumbai brachten US-Vertreter ihre Besorgnis zum Ausdruck, dass Indiens Geduld keinen zweiten Anschlag dieser Art überstehen würde. «Obwohl Indien eine aufstrebende Macht ist, fühlte es sich [während des Angriffs] ohnmächtig,» bemerkte einer der US-Entscheidungsträger. «Beim nächsten Mal wird die indische Führung unter großem Druck stehen, mit Härte zu reagieren.»¹⁴ In eine ähnliche Richtung weisen die Vorschläge von *NonAlignment 2.0*, einem wichtigen indischen Strategiepapier von 2012. In ihm heißt es, Indien sollte seine «rein defensive Strategie» zugunsten «begrenzter offensiver Operationen» und «Strafmaßnahmen» aufgeben, wenn es künftig auf einen größeren von Pakistan unterstützten Angriff oder auf eine Verletzung der indischen Grenze durch China reagiert.¹⁵

14 https://www.stimson.org/wp-content/files/file-attachments/Mumbai-Final_1_1.pdf.

15 <https://www.cprindia.org/research/reports/nonalignment-20-foreign-and-strategic-policy-india-twenty-first-century>.

Während der vergangenen zehn Jahre hat sich auch die indische Innenpolitik in subtiler, aber entscheidender Weise gewandelt. Im Einklang mit dem weltweiten Aufstieg des Ultranationalismus hat auch die öffentliche Debatte in Indien zunehmend nationalistische und hurratriotische Untertöne angenommen. Bei Wahlen hat sich gezeigt, dass Wähler bereit sind, die Regierung für eine als «nationalistisch» wahrgenommene Politik zu belohnen, selbst wenn sie auf Kosten des wirtschaftlichen Wohlergehens des Landes geht. So erhielt die Regierungsentscheidung für eine Abwertung der indischen Währung, obwohl für die Einzelnen wie für die Wirtschaft als Ganzer verheerend, enorme Unterstützung in der Öffentlichkeit, weil angenommen wurde, dass sie im «nationalen Interesse» liege. Wahlbeobachter sprachen bei den Landeswahlen 2019 davon, die Wähler hätten sich bei der regierenden BJP-Partei für die Luftschläge auf den pakistanischen Ort Balakot an den Wahlurnen bedankt.¹⁶ Als im Juni 2020 die Regierung als Reaktion auf den anhaltenden militärischen Konflikt Wirtschaftssanktionen gegen China verhängte, erhielt sie breite Zustimmung, trotz der offenkundig negativen Folgen für die bereits durch die Pandemie angeschlagenen Wirtschaft.

Indiens aggressive Sicherheitspolitik, die sich aus Veränderungen auf allen drei der genannten Gebiete erklärt, erweist sich als weitgehend unumkehrbar. Eine andere Politik in Washington oder ein Wachwechsel in Neu-Delhi könnte die Aggressivität Indiens ein wenig dämpfen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass das Land in naher Zukunft oder mittelfristig zu seiner Politik der Zurückhaltung von vor 2016 zurückfindet. Das verheißt längerfristig nichts Gutes für die Stabilität Südasiens. In einer Region, in der regelmäßig Krisen zwischen Atommächten auftreten, können Gefahren schnell außer Kontrolle geraten. Neben dem damit verbundenen Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation gibt es mehrere Faktoren, die die Krisen in Südasiens weiter verkomplizieren. Diese Krisen haben die indische Regierung in eine Art Verpflichtungsfalle¹⁷ geführt, die sie dazu zwingt, in folgenden Krisen größere Risiken einzugehen. Das Krisenmanagement wird zusehends schwieriger angesichts der kurzen Reaktionszeit¹⁸, innerhalb derer Entscheidungen getroffen werden müssen, da eine atomar bestückte Shaheen-Rakete vom Abschuss in Pakistan bis nach Neu-Delhi nur sieben Minuten benötigt. Die Erfahrung solcher Krisen kann den Effekt einer Perspektivenverzerrung¹⁹ zur Folge haben, die das langfristige rationale Denken beeinträchtigt. Und die Fähigkeit von sogenannten «dritten Akteuren»²⁰ wie Terrorgruppen, solche Krisen zu verschärfen, macht sie besonders gefährlich. Wie wir gesehen haben, ist der Wandel der indischen Sicherheitspolitik nicht das Ergebnis einer gut durchdachten strategischen Neubewertung der

16 <https://www.thehindu.com/elections/lok-sabha-2019/the-issues-that-mattered-in-an-issue-less-election/article27179964.ece>.

17 <https://www.eastasiaforum.org/2019/03/03/commitment-traps-make-kashmir-de-escalation-tricky/>

18 <https://www.nti.org/analysis/articles/night-murder-brink-nuclear-war-south-asia/>

19 <https://www.livemint.com/opinion/columns/opinion-exaggeration-in-brinkmanship-is-a-double-edged-sword-1551890784326.html>.

20 <https://theprint.in/opinion/what-pulwama-balakot-proves-a-third-actor-can-still-push-india-and-pakistan-into-a-war/201095/>

Gesamtlage, sondern das Ergebnis von gewandelten Umständen und Frustration. Das vergrößert die Instabilität der Region und ist nicht geeignet, Indiens Sicherheitslage langfristig zu verbessern.

Sandeep Bhardwaj ist Forschungsmitarbeiter des Centre for Policy Research, Neu-Delhi, mit den Arbeitsgebieten Terrorismus und südasiatische Geopolitik. Zuvor arbeitete er am Institute of Peace and Conflict Studies, Neu-Delhi, mit Schwerpunkt auf Politik und Sicherheits-Szenarios in Bangladesh.

Der Text entstand mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Regionalbüro Südasien, Neu-Delhi. Übersetzung aus dem Englischen von David Badde und Daniel Fastner für Gegensatz Translation Collective.

Verantwortlich: Dr. Erhard Crome.